

Dresdner Volkszeitung

Verlagsredaktion: Dresden, Fabrik & Comp., Nr. 1208.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Verlagsredaktion: Dresden, Fabrik & Comp., Nr. 1208.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Neustadt und Dresden-Altkönig.

Abonnementpreis einschließlich Bringerlohn monatlich 18,00 M., durch die Post bezogen vierteljährlich 54,00 M., unter Kreuzband für Deutschland monatlich 61,00 M., Einzelnummer 1,00 M.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachts.

Anzeigenpreis: die 6-spaltige Kopierzeile 5,00 M., Familienanzeigen 4,00 M., die 8-spaltige Anzeigenzeile 20,00 M. Bei mehrmaliger Aufgabe Ermäßigung. Anzeigen sind im Voraus zu bezahlen. Ohne Verpflichtung zur Aufnahme an vorgeliebten Tagen. Für Kleinverlegung 1 M.

Nr. 93

Dresden, Freitag den 21. April 1922

33. Jahrg.

Die Kartoffelsteuerung

Von August Freudenthal

Es ist ein recht unscheinbares Ding, das in Deutschland die unerhöht schnelle industrielle Entwicklung ermöglichte, ein selten gezeichnetes schnelles Wachstum der Bevölkerung begünstigte und es dem deutschen Volke gestattete, den grausamsten aller Kriege, die schärfste aller Blockaden länger als vier Jahre auszuhalten. Dies unscheinbare Ding war die Kartoffel, deren Heimat Amerika ist und die um die Mitte des 17. Jahrhunderts — nach Beendigung des Dreißigjährigen Krieges — in Deutschland eingeführt wurde.

Im großen wurde die Kartoffel bereits um 1770 herum in Sachsen, Thüringen und am Rhein angebaut. Doch man aber im Jahre 1813 die Riesenernte von 54,1 Millionen Tonnen erntete, hat wohl niemand voraussehen können. Der Vorteil gegenüber dem Getreidebau springt in die Augen, wenn man bedenkt, daß man um 30,6 Millionen Tonnen Getreide zu ernten, 1913 14,9 Millionen Hektar Acker nötig hatte, während fast doppelt so viel Kartoffeln von nur 3,4 Millionen Hektar geerntet wurden. Mit der Preisentwicklung des Kartoffelbaues hielt denn auch das Bevölkerungswachstum und die Entwicklung von Gewerbe und Industrie gleichen Schritt: man zählte nämlich 1816 in Deutschland erst 24,8 Millionen Einwohner, 1914 aber 67,8 Millionen. Während 1816 erst 7,3 Millionen gewerblich tätige Personen gezählt wurden, verzeichnete man deren 1907 schon 14,3 Millionen, also fast die doppelte Anzahl. Diese Entwicklung war ohne die Kartoffel unvorstellbar. Sie diente als Nahrungsmittel, das im Überflusse vorhanden war, während das Getreide, von dem wir allein 1913 über 2 Millionen Tonnen einführen mußten, recht sehr im Preise stieg. Aber nur ein Viertel der Kartoffeln diente der menschlichen Ernährung, der Rest wird zu Alkohol, Stärke und Kartoffelmehl verarbeitet oder dient zur Viehfütterung.

Es gibt überhaupt in der ganzen Welt kein Land, das so viel Kartoffeln anbaut, erntet und verbraucht, wie Deutschland. Das zeigt die folgende Tabelle auf den ersten Blick:

Land	Ernte in Mill. pro Quadratkilometer pro Einwohner	mehr des betr. Landes in Tonnen	und Jahr in Millionen
Deutschland	54,1	100	833
Frankreich	24,7	46	370
Österreich-Ungarn	18,5	34	274
England	15,0	28	226
U. S. A. Nordamerika	9,0	17	138
Japan	6,7	13	104
Polen	3,8	7	56
Niederlande	3,0	6	48

(Die Erntezahlen sind von 1913 und 1912, die Einwohnerzahlen von 1910, 1912 und bei Rußland von 1897. Siehe auch Reichshandelsjahrbuch für 1914.)

Deutschland ist das Kartoffelland, und das ist seine volkswirtschaftliche Stärke auch jetzt noch. Noch mehr als vor dem Kriege ist die Kartoffel das Hauptnahrungsmittel des arbeitenden Volkes in Deutschland geworden, insbesondere deshalb, weil das Brot ohne Mehl und sogar das für Mehl mancher größeren Familien schon zu teuer zu werden beginnt. Die Löhne können den rasend steigenden Preisen nicht mehr folgen. Auch die Kartoffeln beginnen fast unerschwinglich für arbeitslose Familien zu werden. Allgemein pflegt man Brot und Tag ein Pfund Brot und ein Pfund Kartoffeln zu verbrauchen, von Schweißarbeitern und schlechter gestellten Menschen erheblich mehr, von besser gestellten Volksgenossen weniger. Es fehlt nun heute nicht mehr viel, daß die Kartoffel teils den Preis des zarten und zarten Brotes erreicht, der 3,50 M. pro Pfund beträgt, während Kartoffeln — je nach der Gegend — 2 M., 2,50 M. und 3 M. kosten. Gerade bei der Kartoffel zeigt sich so recht deutlich der unerschöpfliche Reichtum. Wenn die Kartoffel nur noch etwa den siebzigsten Teil ihres Wertes darstellt, so ist der Preis der Kartoffeln auf das Hundertfache des Friedenswertes und höher gestiegen.

Neben anderen Gründen ist zweifellos die unerschöpfliche Stärke Ursache der Schwere durch Mehlimporte mit einer Last des Preisens der Kartoffel. Innerhalb noch nicht eines Jahres haben die meisten Mehlimporte je zwei bis vier Schwäne verloren. Welche ungeheuren Mengen von Mehl, Weizen und besonders Kartoffeln durch diese Zunahme der Schwerehaltung für die menschliche Ernährung verloren gehen, läßt sich auch nicht näher abschätzen, da nicht die Hälfte des Viehes durch Abkühlung erkrankt wird. Wenn der Mehlimport in der Lage wäre, die für seine Familie und die Aufzucht der Schweine erforderlichen Nahrungsmittelmengen selbst zu erzeugen — was nicht einmal bei einem Morgen Land und der Mitarbeit der Familie möglich ist, auch wenn sie nur vier Kühe züchtet —, könnte man eine Vermehrung der Gesamtmenge der Lebensmittel erwarten. Aber das Gegenteil ist der Fall, denn neben dem einen oder zwei Schweinen hält er gewöhnlich auch noch ein bis zwei Ziegen und Kühen. Die Mehlimporte wirken unter diesen Umständen belastend auf die Lebensmittelproduktion ein. Obwohl nun in Deutschland auch die Kartoffelsteuerung die Mehlimporte durch die Schwerehaltung der Schweine selbst und die Futtermittel innerhalb 4/5 Rohkost ihre Preise verdrängt und verdrängt haben, so ist das Unglück schon geschehen. Die Mehlimporte an zurückgekauften Kartoffeln sind infolge der Nachfrage als Futtermittel nicht mehr groß genug, um die Erzeuger zu zwingen, nun schnell vom Ueberflusse an die Verbraucher abzugeben. Sie fallen zurück und die Preise steigen noch immer.

Es wird unbedingt notwendig sein, in diesem Herbst eine Kartoffelumlage festzusetzen, da sonst nicht daran zu denken ist, die Bevölkerung ausreichend mit Kartoffeln zu versorgen.

Das Ende des „Zwischenfalls“

Der Zwischenfall, der mit dem deutsch-russischen Vertrag nicht durch ihn herbeigeführt war, ist aus der Welt geschick. Die Ueberreichung der deutschen Antwortnote, die heute erfolgt wird, hat nur noch die Bedeutung einer Formalität, denn der wichtigste Inhalt ist den Alliierten bereits seit den ersten Nachmittagstunden des Donnerstag bekannt und auch der endgültige Text wird ihnen vor der offiziellen Uebermittlung bekanntgegeben werden.

Ueber den Inhalt der Note erfahren wir: Deutschland überläßt es den Alliierten, ohne Deutschlands Zutun die Verhandlungen mit Rußland weiterzuführen und diejenigen Fragen zu regeln, die im deutsch-russischen Vertrag geregelt wurden. Bei jeder russischen Frage aber, die darüber hinaus geht, besonders in russischen Zukunftsfragen, wird Deutschland nach wie vor in den Kommissionen mitarbeiten. Die Regelung dieser Fragen ist mit den Alliierten besprochen. Die Einigung daher gesichert.

Dennach haben die Alliierten auf die noch am Mittwoch verlangte Annulierung der Vorläge des Vertrages zwecks Genehmigung oder stillschweigender Vereitlung unseres Vertrages verzichtet.

Abbruch der Kommissionsarbeiten

Die politische Lage auf der Konferenz nimmt das allgemeine Interesse in so hohem Maße in Anspruch, daß für die Verhandlungen der Kommissionen kaum noch Aufmerksamkeit übrig bleibt. Gerade gegenüber der politischen Zuspitzung ist es aber zu betonen, daß trotz allem die Kommissionen in den letzten Tagen sehr stark vorwärts gekommen sind. Insbesondere hat die Subkommission dank der Tätigkeit ihrer wissenschaftlichen Expertenkommission ihre Aufgaben zum Abschluß gebracht. Es fehlt nur noch die Unterkommission für die Kreditfragen, die für Deutschland allerdings von entscheidender Bedeutung ist. Die übrigen Unterkommissionen haben ihre Arbeiten bereits beendet und erstatten jetzt ihre Berichte an die Hauptkommission, die daraufhin einen gemeinsamen Beschluß fassen soll. Mit Genehmigung ist zu verzeichnen, daß es den deutschen Vertretern gelungen zu sein scheint, die wesentlichen Punkte der Lage Deutschlands zur allgemeinen Anerkennung zu bringen.

Die Verhandlungen eigene Berichte

Genua, 20. April, 4 Uhr nachmittags. Auch im Laufe des Vormittags hat die Situation noch keinerlei positive Klärung erfahren. Die Verhandlungen zwischen der Reichsregierung und den Entente-Mächten sind heute fortgesetzt worden. Um die Mittagsstunde sprach der russische Delegierte Joffe beim Reichskanzler vor. Es verlautet bestimmt, daß die Russen an dem Vertrag festhalten. Es dreht sich bei den ganzen Verhandlungen darum, einen Weg zu finden, nach dem man den Vertrag aufrecht erhalten kann.

Deutschland aber andererseits auch weiterhin an den Beratungen der ersten Kommission teilnehmen lassen kann. Im übrigen ist äußerste Zurückhaltung zu empfehlen, da die Situation gänzlich offen ist und jede Stunde neue Elemente bringt. Man muß sich insbesondere hüten, der Suggestion französischer Propaganda zu unterliegen. Eine Annulierung des deutsch-russischen Vertrages für Deutschland erscheint unmöglich. Auch ein Hinsinhalten des deutsch-russischen Vertrages in einen allgemeinen Vertrag aller Länder mit Rußland scheint so lange nicht diskutabel, als nicht bestimmte Zusicherungen gegeben werden, daß im allgemeinen Vertrag Deutschland das gleiche geboten wird wie im abgebrochenen Sondervertrag. Kann oder will die Entente diese Zusicherungen bieten? Die deutsche Delegation wird auch heute die Note von nicht überreichen.

Genua, 20. April, 6 Uhr abends. Dem Schweigen unserer deutschen Delegation in Genua über den „Zwischenfall“ ist jetzt durch Lord George ein Ende gemacht worden. Der englische Ministerpräsident hatte für heute nachmittag die Pressevertreter sämtlicher Länder zum Mittagessen zu sich gebeten. Lord George hielt eine große Rede, teilte nicht viel Neues mit, sondern ließ sich lediglich Fragen an sich richten, nachdem er zuvor in einer kurzen Einleitung darauf hingewiesen, daß es auf dieser Konferenz zwei Kategorien von Teilnehmern gebe, und zwar die eine, die einen Erfolg und die andre, die einen Mißerfolg wünsche. Joffe meinte er noch, daß er vor der Presse immer großen Respekt gehabt habe. Aus seinen Antworten war zu entnehmen, daß der „Zwischenfall“ zu dem unzulässigen viel Theater gemacht wurde, dadurch erleichtert werden wird, daß Deutschland sich nicht zurückzieht aus der ersten (politischen) Kommission zurückzieht. An und für sich ist gegen diese Haltung der Reichsregierung nichts einzuwenden; denn auch dem Abschluß des Vertrages sind unsere Anstrengungen mit Rußland vollständig gerecht. Aber das Entscheidende ist, daß die Verhandlungen bisher nicht im geringsten für notwendig erklärt, auch nur einen Teufel über ihre Haltung zu äußern und man von wachem Stande der Lage aus dem Munde Lord Georges erfahren mußte. Warum dieses endlose Kulissenpiel? Wir haben Verständnis dafür, daß der Öffentlichkeit nicht alle Einzelheiten anvertraut werden können und Vertraulichkeit oft sehr gut angebracht ist. Aber im vorliegenden Falle wäre Deutschland sicher sehr gebiet worden, wenn man durch Angabe auch nur einer einzigen Maßlinie die unendlichen Schwarzmeldungen verhindert hätte. Warum beantragte man, statt anständige Informationen zu geben, ständig die Theorie von der Abreise und das Entwerfen?

In den weiteren Ausführungen teilte Lord George noch mit, daß er den Eindruck habe, daß Deutschland nicht die Absicht hatte, die Konferenz durch den Abbruch des Rapallo-Vertrages zu sabotieren. Eine Verzögerung habe die Konferenz durch den Zwischenfall nicht erfahren, da doch auf die russische Antwort gewartet werden mußte, die noch heute abend überreicht wurde und von deren Inhalt er nur einen günstigen Eindruck der Konferenz erwartete. Im allgemeinen mochten seine kurzen Ausführungen den Eindruck eines ehrlichen Verhandlungswillens.

Die Festigung der Wechselkurse

Wie aus Genua berichtet wird, schlagen die Finanzfachverständigen folgende Grundlage für eine internationale Konvention über die Wechselkurse vor:

Artikel 1: Die teilnehmenden Staaten erklären, daß die Wiedererrichtung der wirklichen Goldwährung das erste Ziel ist, dem sie zustreben, und sind bereit, folgende Punkte zu prüfen:

a) Um Herr über eigenen Währung zu sein, soll jede Regierung ihre jährlichen Ausgaben beschränken, ohne zu der Schaffung von Zahlungsmitteln und zur Ausgabe von Banknoten zu schreiten.

b) Infolgedessen ist es angebracht, den Goldwert der Münzeinheit zu bestimmen und festzusetzen, sobald die Umstände dies erlauben.

c) Dieser Wert braucht nicht unbedingt der früheren Goldwertigkeit zu entsprechen.

d) Um die Münzeinheit in ihrer Parität zu erhalten, ist es unerlässlich, daß jede Regierung auch noch ausstehenden Werten eine Goldreserve anlegt, die aber nicht unbedingt aus Gold zu bestehen braucht.

Artikel 2: Sobald die wirtschaftliche Wiederherstellung genügend fortgeschritten ist, rufen gewisse teilnehmende Staaten einen freien Markt für Gold ein, so daß sie auf diese Weise zu Goldzentren werden.

Artikel 3: Ein an der Konvention teilnehmendes Land kann sich außer der in den besagten Goldreserven in allen teilnehmenden Ländern Referenzen in Form von Wechselkursen, kurzfristigen Obligationen oder andern flüssigen Mitteln schaffen.

Artikel 4: In der Praxis wird jedes teilnehmende Land auf Verlangen der übrigen ein oder mehrere teilnehmende Länder zu einem Kurse kaufen oder verkaufen, der nur um einen bestimmten Bruchteil von der Parität abweicht.

Artikel 5: Jedes Land ist verpflichtet seine nationale Münzeinheit entsprechend dem festgesetzten Wert zu erhalten ansonsten wird seine uneingeschränkte Teilnahme aufgehoben.

Artikel 6: Jede Regierung ist gegenüber den Konventionsländern für die Aufrechterhaltung des Parimetres ihres eigenen Geldes verantwortlich. Sie hat jede Freiheit in der Wahl der ihr ausliegenden Mittel zur Erreichung dieses Zieles, sei es Stabilisierung der Kredite durch Zentralbanken, sei es durch ein anderes Mittel.

Artikel 7: Mit der Stabilisierung des Kredites bestimmt man nicht nur die Aufrechterhaltung des Parimetres der verschiedenen Münzeinheiten unter sich, sondern man verhindert auch anormale Schwankungen der Kaufkraft des Geldes. Inwiefern ist es nicht vorgegeben, die Initiative der Zentralbanken durch die Ausstellung genauer diebstahlsicher Anordnungen zu durchsetzen.

Die von den Finanzfachverständigen in Genua aufgestellten Leitätze gehen mit Recht von der Voraussetzung aus, daß die Schwankungen der Wechselkurse nur vermieden werden können, wenn die Staaten von der Papierwährung wieder zur Goldwährung zurückkehren. Dabei wäre es nicht notwendig, daß die Wände so wie früher erhebliche Mengen Gold im inneren Verkehr umlaufen ließen. Es genügt, wenn jederzeit Papiergeld und Scheidemünzen in Gold umtauschbar werden könnten und Gold zur Zahlung an das Ausland stets zur Verfügung stünde. Wenn wir wieder einmal für eine bestimmte Menge unseres Geldes ein Pfund Gold erhalten, so ist damit auch ein festes Wertverhältnis zum Dollar gegeben, weil wir ja eventuell Gold nach dem Auslande senden und dafür eine bestimmte Menge des Papiergeldes erhalten können. Nur kleine Schwankungen des Wechselkurses werden möglich, deren Größe durch die Transportkosten, die bei der Verladung von Gold entstehen, begrenzt wäre.

Voraussetzung für die Wiederannahme der Goldwährung ist, daß die in Frage kommenden Länder umstände sind, die nötige Gold zur Einlösung ihres Papiergeldes bereitstellen. Die Aufrechterhaltung der Goldwährung ist deshalb nur möglich, wenn die Notenpresse stillgelegt wird, wenn der Staat seine Ausgaben nicht durch den Druck neuen ungedeckten Papiergeldes bestreitet. Eine starke Vermehrung des Papiergeldes in einem Lande muß dazu führen, daß der Papiergeldsumme im Verhältnis zum Goldschatz immer größer wird. Je mehr Papiergeld aber im Umlauf ist, um so größer wird die Gefahr, daß die Goldreserve zur Einlösung des Papiergeldes nicht mehr reicht, daher die Einlösungspflicht des Staates oder seiner Notenbanken aufhören und so der Uebergang zur Papierwährung erfolgen muß. Deshalb wird auch in den Leitätzen die Forderung aufgestellt, daß jede Regierung ihre jährlichen Ausgaben beschränken soll, ohne zu der Schaffung von papiernen Zahlungsmitteln zu schreiten.